

## Atom-Politik von CDU/CSU für die Atom-Lobby, gegen die Bevölkerung

### Gegen die Mehrheit der Bevölkerung

Die Zahl der Ausstiegsbefürworter stieg in den letzten Monaten erneut an, zuletzt um drei Punkte auf 65 Prozent; die der Gegner sank um einen Punkt auf 33 Prozent. Eine Mehrheit gegen den Ausstieg gibt es lediglich bei den FDP-Anhängern, die diesen zu 54 Prozent ablehnen. Aber schon bei den Unionsanhängern sind die Meinungen klar geteilt: Jeweils 49 Prozent sind für oder gegen den Ausstieg. Bei den anderen Parteien dominieren klar die Ausstiegsbefürworter (ARD-Deutschland-Trend).

### Schwarz-Gelbe Politik zum Wohle der Atom-Lobby

- **Die schwarz-gelbe Bundesregierung bedient die Atom-Lobby.** Die deutschen Kernkraftwerke sollen nach den Plänen von Schwarz-gelb bis zu 60 Jahre lang laufen. Alte Kraftwerke sind aber schon abgeschrieben. Jedes, das am Netz bleibt, bedeutet pro Tag 1 Million Euro Extra-Profite für die Atom-Multis. 61 Milliarden Euro zusätzliche Gewinne winken den Atom-Konzernen allein bei einer Verlängerung der Laufzeiten auf nur 40 Jahre.
- **Umweltminister Röttgen erweist sich als „Atomlobbyist im grünen Mäntelchen“.** Seine Personalpolitik zeigt, was Röttgen wirklich will: Der ehemalige Atomlobbyist Gerald Hennenhöfer wurde zum Leiter der Abteilung Reaktorsicherheit im Bundesumweltministerium ernannt. Der Job gilt als Schlüsselposten für die Verhandlungen mit der Atomwirtschaft. Hennenhofer war beim Energieriesen E.on. für die Verhandlung des Atomausstiegsvertrags Rot-grün zuständig. Nach 2004 vertrat er als Anwalt das Münchner Helmholtz-Zentrum, welches das umstrittene Atommüll-Versuchslager Asse betrieb.
- **150 Stadtwerke lehnen in einem Aufruf die Laufzeitverlängerung von Atomkraftwerken ab.** Davon würden einseitig die Energieriesen E.on , RWE , EnBW und Vattenfall durch die Multimilliardengewinne profitieren. Nach einem Gutachten der Stadtwerke würde die Vormachtstellung der vier Kernkraftwerksbetreiber durch längere Laufzeiten auf Jahre festgeschrieben (Spiegel-Online, 12. März 2010).
- **Der Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) lehnt die Laufzeitverlängerung ab:** Der Verband, in dem 800 Stadtwerke zusammengeschlossen sind, sieht in den Plänen der Bundesregierung „einen massiven Eingriff in die Marktverhältnisse “. Viele Stadtwerke hätten im Vertrauen auf das Auslaufen der Kernkraft Investitionen geplant, um die Energieversorgung dezentraler zu gestalten und klimafreundlicher zu machen. „Eine Laufzeitverlängerung nimmt der Umstrukturierung der Energieerzeugung die erforderliche Dynamik“ (Spiegel-Online, 12. März 2010).

## Die Vertuschung der Gefahren

- **NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat als Forschungsminister die Ausmaße des gefährlichen Zustands des Atomlagers Asse systematisch vertuscht.** In einem Schriftwechsel 1997 hatte der Vorstand von Preußen Elektra angeregt, in der Asse wieder Besucherführungen zuzulassen. Ein Abteilungsleiter des Ministeriums notierte in einem Vermerk an den damaligen Staatssekretär im Forschungsministerium, Helmut Stahl allerdings, ein Besucherbetrieb in früherem Umfang sei nicht mehr möglich, weil „eine öffentliche Diskussion der Laugenzutritte vermieden werden soll“. Stahl schrieb daraufhin zurück, „Herr Rüttgers hat mich gebeten, ihnen zu antworten. Ich weise sie (...) daraufhin, dass einer Öffentlichkeitsarbeit in der Asse enge Grenzen gesetzt sind“ (SZ, 1. April 2010).
- **In Rüttgers Zeit als Forschungsminister wurden auch auf andere Art und Weise Berichte über die Asse verhindert:** Zwei Wissenschaftler hatten 1995 bei Untersuchungen festgestellt, dass schon 1988 von außen Wasser in das Endlager gedrungen war. Als einer der beiden einen Bericht darüber veröffentlichen wollte, forderte der staatliche Betreiber, neue und „bessere“ Kapitel zur Asse vorzulegen. In dem letztlich veröffentlichten Bericht sind die Bezüge zur Asse gelöscht. Stattdessen steht nur etwa über die Gefahren in einem „Salzbergwerk in Norddeutschland“ (SZ, 1. April 2010).
- **Röttgen erwägt aktuell eine Entmachtung des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS).** Die Vertuschung geht weiter. Es gebe laut Berichten der TAZ Überlegungen, der Behörde die Zuständigkeit für die Endlagerung von Atommüll zu entziehen und die Endlagerung zu privatisieren. Laut TAZ ist ein möglicher Hintergrund für die Diskussion die kritische Haltung des BfS zu Gorleben als Endlager. Während sich der Präsident des BfS, Wolfram König, für eine vergleichende Standortsuche ausgesprochen hatte, sagte Röttgen, die Erkundung von Gorleben habe Priorität. Er kündigte zugleich an, dass die Erkundung des Atommüll-Endlagers Gorleben nach zehn Jahren Pause wieder aufzunehmen (TAZ, 16. März 2010).
- **Röttgen will den Betrieb des Endlagers Gorleben privatisieren.** Dabei haben die Probleme mit externen Betreibergesellschaften wie im Falle des havarierten Endlagers Asse für schwach- und mittelstark strahlenden Müll gezeigt, dass Privatisierung der völlig falsche Weg ist.
- **Kernkraftwerke besitzen keinen Schutz vor Terrorangriffen:** Während die Union beim Thema innere Sicherheit immer wieder die Terrorgefahr als Argument für die Einschränkung von Grundfreiheiten heranzieht, ist ihnen diese Frage bei der Verlängerung der Laufzeiten egal.

### **CDU/CSU wollen Atomkraft – aber nicht den Atommüll**

Umweltminister Röttgen kündigte an, dass die Erkundung des Endlagers Gorleben „ergebnisoffen“ sei. Das Umweltministerium (BMU) werde auch „die wissenschaftliche Diskussion über Alternativen vorantreiben“, womit aber keine anderen Standorte gemeint seien, sondern andere geologische Träger als Salz, etwa Ton oder Granit. Wegen der bereits investierten 1,5 Milliarden Euro gelte: „Gorleben hat Priorität, aber nicht notwendigerweise Exklusivität.“ (FR, 16. März 2010) Ton- und Granitgestein finden sich in Deutschland besonders in Bayern und Baden-Württemberg.

Die größten Atom-Befürworter kommen aus der CDU und CSU ebenfalls aus Bayern und Baden-Württemberg. Mit dem logischerweise entstehenden Atom-Müll wollen sie nichts zu tun haben.

- Hans-Peter Friedrich, CSU-Landesgruppen-Chef: Der Umweltminister riskiere einen „Flächenbrand“, wenn er neben dem Salzstock im niedersächsischen Gorleben anderswo Ton- und Granitgestein auf ihre Eignung als Endlager untersuchen lassen wolle. (FTD, 17. März 2010)
- Tanja Gönner, Umweltministerin Baden-Württemberg (CDU): Sie schließt die Suche nach einem Standort für ein Atommüllendlager in Baden-Württemberg definitiv aus. „Die Frage der Endlagerung ist eine nationale Frage.“ Bevor Gorleben nicht abschließend erkundet sei, „wird man sich darauf zunächst einmal konzentrieren“. (ddp, 1. April 2010)